

Rente mit 67: Zwischen Demographie und Arbeitsmarkt

Alfred Pfaller¹

Auf einen Blick

Die alternde Gesellschaft kommt nicht umhin, entweder die Renten zu senken oder die Beiträge zu erhöhen oder länger zu arbeiten. Auch Eigenvorsorge ändert daran nichts. Aber jede der Lösungen ist problematisch. Rentenkürzungen brechen den ohnehin schon aufgeweichten Generationenvertrag. Beitragserhöhungen werden nicht mehr als Investition in die eigene Altersvorsorge gesehen. Die Rente mit 67 ist nur dann vernünftig, wenn es genügend Arbeitsplätze gibt. Vollbeschäftigung zu „anständigen“ Löhnen ist nötig, um massive Altersarmut zu vermeiden und die Rente mit 67 zu einer tatsächlichen Lösungsoption für das Rentenproblem zu machen, statt zu einer verkappeten Rentenkürzung.

Die Renten sind zum Problem geworden, weil die Zahl der Rentenempfänger pro 100 Beitragszahler seit Jahren immer größer wird. 1970 waren es in der BRD erst 45, 1992 waren es schon 55, heute sind es 69. Die Rentner sind immer älter geworden und haben somit das Bevölkerungskontingent über 65 anschwellen lassen, während die Zahl der beitragszahlenden Erwerbspersonen seit langem stagniert. In Zukunft wird die Zahl der Beitragszahler sogar signifikant zurückgehen, weil nicht genug Kinder geboren werden, um die aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden als Beitragszahler zu ersetzen. Die Lebenserwartung dürfte hingegen weiter zunehmen, so dass die Zahl der Rentner nicht im gleichen Tempo zurückgeht wie die der Beitragszahler. Hinzu kommt derzeit noch, dass ein zu großer Anteil der Menschen im Erwerbsalter als Beitragszahler ausfällt, weil er ohne entsprechende Erwerbsarbeit ist.

Weniger Rente, höhere Beiträge, länger arbeiten

Die unvermeidliche Anpassung kann nur auf drei Wegen erfolgen: 1. Die Renten sinken, was den Abstand zu den Löhnen betrifft, 2. der für die Rente aufzuwendende Lohnanteil (samt den steuerfinanzierten Zuschüssen zur Rentenkasse) steigt, 3. die Menschen gehen später in Rente. Das Altern und Schrumpfen der Bevölkerung lässt Renten wie gehabt zu Beiträgen wie gehabt nicht mehr zu, wenn nicht immer länger gearbeitet wird.

Auch die private Vorsorge fürs Alter stößt an ein Problem. Wenn der Lebensabend immer länger wird, muss während des Erwerbslebens eine immer größere Summe angespart oder aber ein stärkerer Rückgang des Lebensstandards in Kauf genommen werden. Tritt man später ins Erwerbsleben ein (langes Studium, lange Praktika), verschärft sich das Problem noch. Dass diejenigen, die im Alter ihre – finanzkrisenanfälligen – Ersparnisse auflösen, nur dann ihren Lebensstandard sichern können, wenn die erwerbstätige Generation hierfür genug Güter und Dienstleistungen „übrig lässt“, also spart, sei hier nur als selbstverständlich erwähnt.

Präferenzen und reale Optionen

Im Vergleich erscheint eine Verlängerung des Erwerbslebens als eine Option, der Viele sicherlich den Vorzug geben würden, wenn sie damit ihren Lebensstandard im Alter schützen können. Andere würden höhere Beiträge vorziehen, z. B. weil ihre physische und mentale Belastbarkeit stark nachgelassen hat, bzw. weil sie dieses für die späten Berufsjahre erwarten. Die Frage nach der Anpassung an die demographischen Veränderungen ist jedoch nicht schlichtweg im Sinne einer individuellen oder auch kollektiven Präferenzentscheidung zu beantworten.

Am einfachsten ist die Entscheidungssituation noch für Ansparer. Theoretisch können sie sich schon früh im Berufsleben für hohe Rücklagen entscheiden, wenn sie sich denn rechtzeitig der „Gefahr“ eines langen Lebensabends bewusst werden. Wenn sie sich zu spät darauf einstellen, z. B. weil sie lange Jahre nur ein geringes Einkommen hatten, stellt das erhöhte Ansparen keine eigentliche Lösungsoption mehr dar. Um einem starken Absinken des Lebensstandards im Alter zu entgehen, müssten sie wohl oder übel länger arbeiten, als dies früher üblich war.

Die Frage ist allerdings nicht nur, wie weit die Leistungskraft hierzu ausreicht, sondern auch wie weit und mit welchen Konsequenzen der Arbeitsmarkt dies zulässt. Wir kommen darauf zurück. Angemerkt sei hier, dass die skizzierte Problematik viele Gutverdiener kaum berührt, da sie ohnehin weit mehr zu sparen tendieren, als es die Altersvorsorge erfordert. Ein längerer Lebensabend reduziert allenfalls das Vermögen, das sie den Erben hinterlassen.

Der lädierte Generationenvertrag

Die Zusammenhänge zwischen demographischen Herausforderungen und Lösungsoptionen stellen sich für unser nach dem Umlageverfahren funktionierendes Rentensystem etwas anders dar. Jede der drei Grundoptionen ist mit ernststen Nebenwirkungen behaftet. Eine Kürzung der Bezüge für die heutigen Rentner stellt einen Vertrauensbruch dar; denn deren (Mit)Entscheidungsfrist ist abgelaufen. Sie können weder für einen späteren Renteneintritt noch für mehr eigene Vorsorge optieren. Sie haben sich auf einen Generationenvertrag verlassen, der jetzt evtl. revidiert werden soll. Bereits die Diskussion darüber macht auch die Option der Beitragserhöhung fragwürdig. Diese stellt für die heute Erwerbstätigen eine Mehrbelastung dar, die nur akzeptabel ist, wenn damit die Sicherheit einhergeht, der einst ebenfalls eine ungekürzte Rente zu beziehen. Diese Sicherheit ist jedoch durch die irreführende Diskussion um die „Generationengerechtigkeit“ verspielt worden. Die Jungen von heute glauben nicht mehr daran, dass der Generationenvertrag des offiziellen Rentensystems für sie als die Alten von morgen noch volle Gültigkeit haben wird. Deswegen sehen sie höhere Rentenbeiträge nicht mehr als angemessene Vorsorge für den eigenen Lebensabend.

Das Gerede von den Grenzen der Belastbarkeit, das bezeichnenderweise ja mit dem Aufruf zu verstärkter Eigenvorsorge einhergeht (als ob die keine „Belastung“ wäre), ist wesentlich der Sorge um ausufernde Arbeitskosten geschuldet; denn aufgrund der Figur der „Arbeitgeberbeiträge“ werden die Rentenbeiträge zur Hälfte nicht dem Bruttolohn zugerechnet, sondern auf ihn draufgesetzt. Der eigentlich vernünftigen Option der Beitragserhöhungen (ein langer Lebensabend kostet einfach mehr als ein kurzer) hat der unvernünftige Umgang mit ihr Grenzen gesetzt, die heute kaum noch zu überwinden sind.

Bleibt also die Option der Rente mit 67 (später mit 68 usw.). Aber auch die ist nicht ohne gravierende Nebenwirkungen.

Eine verkappte Rentenkürzung, wenn ...

Wer die Option der späteren Verrentung nicht wahrnimmt bzw. wahrnehmen kann, muss genau die verringerten Bezüge hinnehmen, die das

längere Arbeiten vermeiden soll. Lläuft die Rente mit 67 also auf eine verkappte Rentenkürzung hinaus, wie ihre Kritiker behaupten? Diese Frage ist unter zwei Bedingungen mit Ja zu beantworten:

- Viele Menschen sind heute mit 65 nicht arbeitsfähiger als dies etwa vor 40 Jahren der Fall war. Bis 67 zu arbeiten, ist für sie eine schwer oder gar nicht tragbare Zumutung.
- Der Arbeitsmarkt nimmt derzeit nicht mehr Erwerbstätige zu akzeptablen Bedingungen auf. Wer bis 67 arbeitet, findet keinen angemessen entlohnten Job oder blockiert den Arbeitsplatz für andere Jobsuchende.

Wie weit die erste Bedingung zutrifft, lässt sich ohne empirische Untersuchung nicht klar sagen. Vermutlich hat sich der Verfall der physischen und mentalen Leistungskraft ebenso in höhere Alterskategorien verschoben wie die Sterblichkeit. Wer diese Generalentwicklung nicht oder in verringertem Maße mitmacht, sieht sich in einer verschlechterten Position, wenn sich die Institutionen an die Entwicklung anpassen.

Konkurrenz um gute Arbeitsplätze

Bedeutender ist, was auf dem Arbeitsmarkt passiert. Dieser ist in Deutschland ja auch Teil des Rentenproblems; denn der rein demographische Effekt der Alterung der Gesellschaft wird seit langem verstärkt durch den Rückgang der „anständig“ entlohnten Arbeitsplätze, deren Inhaber mit ihren Beiträgen die Rentenkasse speisen. Hätten wir weniger Arbeitslosigkeit und weniger Niedriglohnarbeit, wäre die Rentenkasse voller. Die Tatsache, dass sehr viele Arbeitnehmer das (offizielle) Erwerbsleben lange vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters verlassen, ist zu einem beträchtlichen Teil den politisch gewollten Frühverrentungsinitiativen geschuldet, die das Problem der Arbeitslosigkeit abfedern sollten.

Solange ältere Arbeitnehmer mit jüngeren um „anständig“ bezahlte Arbeitsplätze konkurrieren, stellt die Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters eine Veränderung der Spielregeln in diesem Wettbewerb dar: Jüngere sehen sich zunehmender Konkurrenz seitens der älteren Arbeitnehmer ausgesetzt. Ältere können nicht mehr so einfach das „rettende Ufer“ des Ruhe-

standes erreichen; wenn sie vorzeitig aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, müssen sie verringerte Altersbezüge hinnehmen. Die Rente mit 67 ist dann nichts anderes als eine Formel zur Verringerung der Rentenansprüche.

Renten- und Arbeitsmarktproblem zusammen lösen

Es zeigt sich also, dass die Lösung des Rentenproblems zusammen mit den Lösungsoptionen für das Arbeitsmarktproblem gedacht werden muss und umgekehrt der Umgang mit dem Arbeitsmarktproblem die Konsequenzen für die Renten beachten sollte.

Nehmen wir an, die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes bleibt – aus welchen Gründen auch immer – begrenzt: Nicht alle im Erwerbsalter finden „anständig“ entlohnte Arbeit. Dann stellt die Rente mit 67 keine Lösung, sondern eine Problemverschiebung dar, die den politischen Vorteil hat, offene Rentenkürzungen und/oder offene Beitragserhöhungen zu umgehen. Aber auch die letztgenannten Alternativen sind – wie immer die Übergänge auch abgefedert sein mögen – als Dauerlösungen nicht tragbar, solange der Arbeitsmarkt nicht in der Lage ist, alle zum Erwerb von akzeptablen Rentenansprüchen bzw. (um das Lohnnebenkostenproblem nicht noch mehr hochzukochen) zu angemessener Eigenvorsorge zu befähigen.

Wenn es nur um die Finanzprobleme der Rentenkasse ginge, so ließen sich diese durch eine Kombination aus Rentenkürzungen und Beitragserhöhungen lösen. Den Menschen bleibt letztlich nichts anderes übrig, als die Zumutung, die beides bedeutet, hinzunehmen. Wenn man sich eine längere erwerbsfreie Zeit gönnt, muss man eben während der Erwerbszeit höhere Rücklagen bilden oder aber nach dem Erwerbsleben kürzer treten. Das ist im Prinzip nicht anders, wenn die Bildung von Rücklagen über einen expliziten Generationenvertrag organisiert ist (solange der eben nicht durch kurzfristige Belastbarkeitsdebatten in Frage gestellt wird).

Da es offensichtlich politisch opportun ist, „erhöhte Belastung“ in Form erhöhter Vorsorgeaufwendungen daherkommen zu lassen, wäre es angezeigt, die Notwendigkeit dazu den heute Erwerbstätigen klar zu vermitteln, also an der

künftigen Entkopplung von Lohn- und Rentenentwicklung keinen Zweifel zu lassen – sicher kein Rezept zum Sammeln politischer Pluspunkte.

Wie gesagt, ist dies jedoch eine Rechnung, die ohne den Arbeitsmarkt aufgemacht wird. Bei unveränderten Arbeitsmarktbedingungen wird das eigentliche Problem nicht die Finanzierung der Renten sein, sondern die zunehmende Altersarmut, die denen bevorsteht, die weder Rentenansprüche erwerben, noch Vorsorge treffen können, noch hinreichendes Vermögen erben. Die zentrale politische Herausforderung wäre, dieses möglichst zu vermeiden. Dazu braucht es Veränderungen im Arbeitsmarkt, die sich dann auch auf die Lösungsoptionen für das Rentensystem auswirken.

Wenn Arbeitskräfte knapp sind

Im optimalen Szenario absorbiert eine wachsende Wirtschaft das schrumpfende Arbeitskräfteangebot völlig und zu guter Entlohnung. Die zentrale politische Aufgabe ist es, die Arbeitskräfte dem Bedarf der Wirtschaft entsprechend zu qualifizieren. Dann sind einerseits alle zur Vorsorge fähig und dann lassen sich andererseits Vorsorgebedarf und Rentenbeiträge relativ problemlos durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit begrenzen, was auch dem, dann ja unterversorgten, Arbeitsmarkt zugute käme. Für das Belastbarkeitsproblem der Dachdecker, Maurer, Lehrerinnen usw. lassen sich mit gutem Willen flexible Lösungen finden.

Wenn Arbeitsplätze knapp sind

Das „Worst-case“-Szenario ist durch stagnierende bis rückläufige Nachfrage nach Arbeitskräften gekennzeichnet, die durch den Rückgang der Geburten nicht kompensiert wird. Um dennoch eine sozial integrierte Gesellschaft herzustellen, müsste die nachgefragte Arbeitsleistung auf alle Erwerbspersonen verteilt werden. Unter den An-

nahmen des Szenarios heißt das erstens: Jeder arbeitet weniger als er/sie vielleicht gerne möchte. Und zweitens: Das im Laufe des Lebens verdiente Erwerbseinkommen ist geringer als bei boomender Wirtschaft und Arbeitskräfteknappheit. Auch in diesem Szenario bedarf es massiver Bildungsanstrengungen, um die Vollbeschäftigung, die durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung ermöglicht wird, auch wahrzunehmen. Da alle ein akzeptables Lebenserwerbseinkommen beziehen, sind auch alle in der Lage, angemessen fürs Alter vorzusorgen. Aber die demographische Entwicklung zwingt dennoch dazu, zwischen höherem Vorsorgeaufwand bzw. höheren Rentenbeiträgen, vermindertem Alterseinkommen und längerer Lebensarbeitszeit zu wählen.

Da die Prämissen des Szenarios eine Ausweitung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumens nicht zulassen, erfordert eine Verlängerung des Berufslebens eine entsprechende Verkürzung der durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit *während* des Berufslebens. Das Lebensarbeitsvolumen wird nicht vergrößert, sondern über einen längeren Zeitraum gestreckt. Man verdient pro Jahr entsprechend weniger, muss aber auch weniger für eine „angemessene“ Rente in Form von Rentenbeiträgen bzw. Vorsorge abzweigen. Die Rentenkasse braucht weniger Geld; denn sie hat ja weniger Rentner zu versorgen. Die privaten Ersparnisse müssen nicht so lange halten.

Das „Worst-case“-Szenario beschreibt wohl nicht die zu erwartende Realität, aber es macht deutlich, in welche Richtung die Antwort auf die demographische Herausforderung gehen kann, solange gute Arbeit für alle ein Problem ist. Letztendlich ist es die Gestaltung des Arbeitsmarktes, die über die Lösungsmöglichkeiten des Rentenproblems entscheidet – sowohl unter den Bedingungen des „Worst-case“-Szenario, als auch was die Chance betrifft, zu weniger grimmigen Szenarien zu gelangen.

1 Dr. Alfred Pfaller ist Mitglied des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.